



## Die Benachteiligung des politisch-ökonomischen Unterrichts überwinden!

### Erklärung des VÖBAS e.V. zur Stellung des Fachs Politik-Wirtschaft im neunjährigen Gymnasium

Bei der anstehenden konkreten Ausgestaltung des neunjährigen Gymnasiums („G9“) besteht unseres Erachtens erheblicher Diskussions- und Klärungsbedarf sowohl hinsichtlich des Anteils des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfelds an der Gesamtstundenzahl als auch hinsichtlich der Gewichtung der Schuljahreswochenstunden der einzelnen gesellschaftswissenschaftlichen Fächer. Wenn die Umstellung von G8 nach G9 für die vom Niedersächsischen Kultusministerium angestrebte und auch von uns gewünschte Modernisierung des Gymnasiums genutzt werden soll, darf es kein einfaches Zurück zu dem Zustand vor dem G8 geben. Vielmehr ist eine Anpassung überkommener Strukturen an veränderte gesellschaftliche Bedingungen und neuere bildungspolitische Zielsetzungen notwendig.

Keinem anderen Fach des gesellschaftswissenschaftlichen Aufgabenfeldes sind in den zurückliegenden Jahren so viele neue Aufgaben zugewiesen worden wie dem Fach Politik-Wirtschaft:

1. Die inzwischen weithin akzeptierte verstärkte Integration der ökonomischen Bildung in das frühere Fach Sozialkunde/Politik hat zur Entstehung eines **Doppelfachs mit annähernd gleichen Anteilen des politischen und des ökonomischen Lernbereichs** geführt. Selbst die im soeben neu überarbeiteten Kerncurriculum vorgenommenen didaktischen Reduktionen und Schwerpunktsetzungen haben kaum etwas an der chronischen Zeitknappheit in diesem Fach ändern können, in dem eine lebens- und alltagsbezogene sowie praxis- und problemorientierte grundlegende Einführung der jungen Menschen in die politische, ökonomische und soziale Ordnung unseres Landes erfolgen soll.
2. Darüber hinaus werden dem **Fach Politik-Wirtschaft in der Rolle eines Ankerfachs** aber noch **zahlreiche weitere Aufgaben** zugewiesen, deren Berechtigung wir uneingeschränkt akzeptieren und für welche der Politik-Wirtschaft-Unterricht fachlich, curricular und didaktisch unter allen Fächern die günstigsten Voraussetzungen mitbringt bzw. sogar ein Alleinstellungsmerkmal hat:
  - die auch in der soeben erschienen überarbeiteten Fassung des Kerncurriculums Politik-Wirtschaft für die Jahrgänge 8 bis 10 zurecht akzentuierte **Berufsorientierung**: „Durch die Beteiligung an berufsorientierenden Konzeptionen wirkt das Fach Politik-Wirtschaft *im Besonderen* (Hervorhebung des Verfassers) an der Befähigung zur Aufnahme einer Berufstätigkeit und an der Vorbereitung auf eine begründete Berufswahlentscheidung der Schülerinnen und Schüler mit. Das Schülerbetriebspraktikum, die Betriebserkundung und die Zusammenarbeit mit Betrieben, der Berufsberatung der Arbeitsagenturen, mit Kammern, Wirtschaftsverbänden und anderen geeigneten Einrichtungen sind zielführende Maßnahmen, um die Schülerinnen und Schüler im Rahmen politischer und ökonomischer Bildung auf Herausforderungen der Arbeitswelt vorzubereiten.“
  - die durch den Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 12.9.2013 zur „Verbraucherbildung an Schulen“ geforderte **Stärkung der Verbraucherkompetenzen** mit Ziel eines „verantwortungsbewussten ..., reflektierten und selbstbestimmten Konsumverhaltens“, das sich insbesondere in den Handlungsfeldern „Finanzen, Marktgeschehen und Verbraucherschutz, Ernährung und Gesundheit, Medien und Information“ sowie „nachhaltiger Konsum und Globalisierung“ zu bewähren habe. Wenn man einmal von der Gesundheitserziehung und von im engeren Sinne hauswirtschaftlichen Aspekten absieht, gibt es am Gymnasium außer dem Fach Politik-Wirtschaft kein Fach, das in der Lage wäre, diesen Anspruch fach-

lich fundiert und didaktisch-methodisch adäquat einzulösen. (Siehe dazu auch unsere Stellungnahme zur Verbraucherbildung vom 21.3.2014)

- die gleichfalls vom neuen Kerncurriculum postulierte **Förderung der Medienkompetenz**, die zwar eine auch weitere Fächer (wie Deutsch, Kunst, Informatik etc.) betreffende schulische Querschnittsaufgabe darstellt, aber eindeutig zum Kernbereich politischer und ökonomischer Bildung gehört: „Die Beschäftigung mit Medien, ihrer gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Bedingtheit, ihrer Organisation und Struktur, ihrer Informations-, Meinungsbildungs- und Kontrollfunktion sowie ihren Möglichkeiten zur Manipulation und Inszenierung sind konstitutive *Bestandteile des Unterrichtsfaches Politik-Wirtschaft* (Hervorhebung des Verfassers) [ ...]“
- die im rot-grünen Koalitionsvertrag bekräftigten alt-neuen Ziele, die durch die jüngeren politischen Entwicklungen noch einmal an Bedeutung gewonnen haben: die **Europabildung**, das globale Lernen und die **Bildung für nachhaltige Entwicklung** (unter Einschluss der Umwelt- und Energiebildung), die **Bildung für die „Eine Welt“**, welche die verstärkte Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und mit xenophoben Tendenzen einschließt.

Diese von uns geteilten Zielsetzungen und Aufgaben dürfen nicht (jedenfalls nicht nur) als „Unterrichtsprinzipien“ über alle möglichen Fächer verteilt werden, was nach unserer Erfahrung in der schulischen Praxis einer „organisierten Verantwortungslosigkeit“ gleichkommt, sondern gehören als curricular verbindlich ausgewiesene Lerninhalte in das Fach Politik-Wirtschaft, in dem es dafür ausgebildete Lehrkräfte und elaborierte Unterrichtskonzeptionen gibt, welche die genannten Themen und Probleme nicht isoliert und unverbunden, sondern in übergreifenden Sinnzusammenhängen erschließen.

**Daher fordern wir für alle gesellschaftswissenschaftlichen Fächer annähernd gleiche Schuljahreswochenstundenzahlen in der Sekundarstufe I des Gymnasiums, wenigstens aber einen durchgehend zweistündigen Politik-Wirtschaft-Unterricht in den Klassen 7 bis 10. So könnte endlich die historisch bedingte Benachteiligung der politischen und ökonomischen Bildung gegenüber den anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern überwunden werden.**

Im Hinblick auf die ebenfalls anstehende **Neuordnung der Gymnasialen Oberstufe** begrüßen wir die beabsichtigte Erhöhung des Stundendeputats für die Kurse auf erhöhtem Niveau („Leistungskurse“). Allerdings sollte im Zuge dieser Reform die bisherige Benachteiligung des Fachs Politik-Wirtschaft (nur 3. Prüfungsfach) gegenüber den anderen gesellschaftswissenschaftlichen Fächern aufgegeben werden.

Wir begrüßen weiterhin die Absenkung der Pflichtstundenzahl in der Gymnasialen Oberstufe, was die Belegungsmöglichkeiten von Wahlfächern (z.B. Wirtschaftslehre) und damit die im Sinne der Berufs- und Studienorientierung dringend notwendige individuelle Profilbildung begünstigen dürfte.

Oldenburg, den 27.3.2014

*(i. A. Dr. Karl-Josef Burkard)*

Vorsitzender des  
Verbandes Ökonomische Bildung  
an allgemein bildenden Schulen e.V.

**Verband Ökonomische Bildung an allgemein bildenden Schulen VÖBAS e.V.**  
Geschäftsstelle: c/o Dr. Karl-Josef Burkard, Blumenstraße 19, 26121 Oldenburg, Tel. 0441-27931  
Homepage: [www.voebas.de](http://www.voebas.de) E-Mail: [info@voebas.de](mailto:info@voebas.de)